

Nationalrat

02.1144

Einfache Anfrage Vermot-Mangold Schulen ans Netz

Wortlaut der Einfachen Anfrage vom 11. Dezember 2002

Sind im Rahmen des Aktionsplanes „Schulen ans Netz“ Präventionsprojekte und die Präventionsausbildung vorgesehen? Werden Lehrpersonen konkret mit Themen wie Internetsucht, die Benutzung von Chaträumen ohne Selbstgefährdung, Pornographie und Gewalt im Internet ausgebildet? Wie sehen Präventionsprojekte konkret aus? Wie viel Geld sollen sie kosten?

Ohne Begründung

Antwort des Bundesrats

Im Rahmen der Initiative „Private Public Partnership – Schule im Netz“ (PPP-SiN) leistet der Bund finanzielle Beiträge in der Höhe von 81 Millionen Franken an kantonale Projekte zur „Förderung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien¹ in den Schulen²“. Unterstützt werden insbesondere Massnahmen zur Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen. Diese Massnahmen können als Impulse des Bundes oder als Zusatz zu den kantonalen Beiträgen verstanden werden. Die Initiative wird von diversen Partnern unterstützt: vom Bund, den Kantonen, der schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und mehreren Unternehmen aus der Privatwirtschaft.

Auf Grund dieser Vorbemerkung nimmt der Bundesrat wie folgt Stellung:

Gemäss der Subsidiarität der Aufgaben definieren die Kantone den Inhalt der Ausbildungen von Lehrpersonen und Schülern. Die im Gesetz und der entsprechenden Vollzugsverordnung festgesetzten Beitragsvoraussetzungen bieten keine Interventionsmöglichkeit im Bereich der einfachen Anfrage von Frau Vermot-Mangold, d.h. der Integration des Internets im Unterricht und der diesbezüglichen Präventionsmassnahmen. Beiträge werden gewährt, wenn:

- a. *die Massnahmen Teil eines Entwicklungskonzepts des Kantons oder mehrerer Kantone für die Nutzung von IKT in den Schulen sind;*
- b. *die Gleichstellung der Geschlechter im Konzept sichergestellt ist;*
- c. *der Bedarf ausgewiesen ist³.*

Das mit dem Dossier betraute Bundesamt für Berufsbildung und Technologie stellt jedoch mit Genugtuung fest, dass diese Frage mehreren Kantonen am Herzen liegt und sieht für diesen Aspekt eine besondere Finanzierungskategorie vor. Das BBT ist sich über den Ernst der dargelegten Problematik im Klaren und unterstützt daher die unternommenen Anstrengungen. Mehrere der im Rahmen von PPP-SiN geförderten Ausbildungen von Lehrpersonen enthalten einen Bereich, der sich mit der Verwendung des Internets und den entsprechenden Präventionsmassnahmen befasst. Von den 16 per 31. Dezember 2002 subventionierten Projekten beinhalten zwei Drittel explizit eine Sensibilisierung für diese Frage. Beispielsweise enthalten die Ausbildungen von Ausbilderinnen und Ausbildern für die in und von den Kantonen

¹ Der Begriff „Informations- und Kommunikationstechnologien“ wird im allgemeinen Sprachgebrauch mit „ICT“, in den gesetzlichen Grundlagen mit „IKT“ abgekürzt.

² SR 411.4

³ SR 411.4

Bern (französischer Teil), Genf, Jura, Neuenburg und Wallis bereitgestellte Nutzung von ICT ein Ausbildungsmodul mit dem Titel „Ethik und soziale Auswirkungen bei der Verwendung der MBICT (Medien, Bilder, ICT)“.

Andere Kantone wiederum, zum Beispiel die Kantone Aargau, Baselland, Bern, Freiburg, Genf, Neuenburg und Zürich, haben spezielle gesetzgeberische Massnahmen zur Integration der ICT im Unterricht erlassen. Lauterkeit, Prävention und Ethik gehören nicht zu den Prioritäten; an erster Stelle stehen die eigentliche Integration der ICT im Unterricht und die Einführung der entsprechenden Infrastruktur.

Die schweizerische Fachstelle für Informationstechnologien im Bildungswesen (SFIB) (wird zum Teil vom Bund finanziert) hat im Auftrag der schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) für die Kantone Empfehlungen der Expertengruppe für die Grundausbildung und Weiterbildung der Lehrpersonen im ICT-Bereich erarbeitet⁴. Vorgeschlagen wird ein Unterricht unter Miteinbezug der ethischen und gesetzlichen Aspekte der Verwendung von ICT⁵. Das Vernehmlassungsverfahren ist im Gang. Es steht den kantonalen Erziehungsdirektionen frei, diese Empfehlungen anzuwenden.

Abschliessend kann gesagt werden, dass der Bund im Rahmen der Initiative PPP-SiN über einen geringen Handlungsspielraum verfügt. Die kantonalen Partner der Initiative, also die EDK und die einzelnen Erziehungsdirektionen, kümmern sich um eine Sensibilisierung für Prävention und Ethik. Deshalb kann der Bundesrat auf die Präventionsfragen und die damit verbundenen Kosten keine genauere Antwort geben. Diese speziellen Gebiete unterstehen hauptsächlich der Zuständigkeit der Kantone und der Erziehungsdirektionen.

⁴ Schweizerische Fachstelle für Informationstechnologien im Bildungswesen, „Empfehlungen der Expertengruppe für die Grundausbildung und Weiterbildung der Lehrpersonen an der Volksschule und der Sekundarstufe II im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien ICT“, Bern, Juni 2002, in Vernehmlassung bei den Kantonen bis 15. Dezember 2002.

⁵ Text in der Vernehmlassung, ibid, S. 5-6

Grundausbildung [der Lehrkräfte]	Weiterbildung [der Lehrkräfte]
<p>Durch den Gebrauch des Internets werden die Studierenden mit ethischen Fragen konfrontiert, z. B. was das Urheberrecht, das Kopieren von Software und Bildern oder das Surfen auf verbotenen Webseiten (rassistische, gewaltverherrlichende oder pornographische) betrifft. In der Grundausbildung muss der Umgang mit solchen Problemen reflektiert werden, indem einerseits die gesetzlichen Grundlagen vermittelt werden und andererseits verschiedene Lösungsstrategien mit ihren Vor- und Nachteilen erarbeitet werden.</p> <p>Die Studierenden kennen den unterschiedlichen Zugang und die Nutzung der ICT durch Mädchen und Knaben. Sie lernen dies für den Schulalltag zu berücksichtigen.</p> <p>Sie sind über das Datenschutzgesetz informiert..</p>	<p>Die aktuelle Diskussion wird verfolgt und es werden in Kursen aktualisierte Informationen angeboten über:</p> <ul style="list-style-type: none"> - missbräuchliche und strafbare Nutzung der ICT (Internet) zum Schaden von Kindern, - Nutzungsgewohnheiten unter dem Aspekt der Genderthematik, - Einflüsse auf gesellschaftliche Veränderung durch und mit den ICT, - urheberrechtliche Problematiken im Zusammenhang mit Kopien und Software-Diebstahl.